

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung

am Dienstag, dem 30.09.2025

im Ratssaal, Neues Rathaus

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 19:11 Uhr

Anwesend:

Stadtpräsidentin

Frau Anna-Katharina Schättiger

Ratsmitglied

bis TOP 20

Herr Siamak Aminmansour
Herr Thomas Balster
Herr Jürgen Böckenhauer
Frau Sylvia Boog
Herr Jörgen Breckwoldt
Frau Claudia Broy
Frau Sarah Conradt
Frau Franka Dannheiser
Herr Bernd Delfs
Frau Wiebke Diehlmann
Herr Andreas Gärtner
Frau Ulrike Göking
Herr Klaus Grassau
Herr Askan Grimmelsmann
Frau Susanne Katrin Grund-Bollow
Herr Dirk-Justus Hentschel
Herr Hasan Horata
Herr Süleyman Inci
Herr Peter Janetzky
Herr Claus-Rudolf Johna
Herr Jürgen Joost

bis TOP 29 E 3

Herr Carsten Kaikowski
Herr Dr. Johannes Kandzora
Herr Thorsten Klimm

ab TOP 20

Herr Gerrit Köhler
Frau Sabine Krebs
Herr Martin Kriese
Frau Urte Kringel
Herr Marco Langas
Herr Lukas Maschmann-Lück
Herr Frank Matthiesen
Herr Florian Meyer
Herr Horst-Dieter Micheel
Frau Gaby Mohr
Frau Karin Mundt
Herr Fatih Mutlu
Herr Jörg Neumann
Herr Carsten Ortfeld

Frau Yaren Talia Özgür
Herr Andreas Preuß
Frau Petra Preuß
Herr Mark Michael Proch
Herr Arne Rüstemeier
Frau Monika Schmidt
Herr Carsten Schnittcher
Frau Sabina-Babett Schwede-Oldehus
Herr Mirko Sieksmeyer-Jarck
Herr Marius Sirocko
Frau Mareike Tretow
Herr Hans Heinrich Voigt
Herr Anton Paul Jakob Weber
Herr Artur Wrzesinski
Herr Manfred Zielke
Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

Außerdem anwesend

Stadtteilvorsteher Faldera; ab TOP 29 E 6
Kinder- und Jugendbeirat

Oberbürgermeister

Erster Stadtrat

Stadtrat

Stadtbaurätin

Von der Verwaltung

RPA
FD 01.3, bis TOP 29
FD 01.1
FD 65
FD 30
FD 01.4
FDL 65
FD 20
FD 65
FDL 01
FDL 61
FD 01.3; ab TOP 29
FD 11
FDL 20
Personalrat
Personalrat
FD 01.4; Protokoll

Bis zu 2 Vertreter/-innen der Presse
Bis zu 5 Zuschauer/-innen

Entschuldigt:

Ratsmitglied

Herr Werner Didwischus
Frau Jule Marie Radzko

Herr Tobias Bergmann

Herr Michael Knapp

Herr Carsten Hillgruber

Frau Sabine Kling

Herr Peter Braun
Herr Dominik Cholewa
Frau Andrea Eggert
Herr Norbert Frydendahl
Herr Dr. Alexander Herzog
Herr Holger Krüger
Herr Matthias Kuck
Herr Daniel Lawrenz
Herr Birko Mecke
Herr Tim Stein
Frau Kathrin Teichert
Herr Geoffrey Frederic Warlies
Herr Daniel Weddern
Herr Hans-Günter Szislo
Herr Peter Omland
Frau Britta Stoffer
Frau Dana Blank

Frau Marina Nitschke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Tagesordnung der Sitzung am 30.09.2025
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 22.07.2025
5.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
5.1.	Anfrage der SPD, RH Johna, betr. Einführung Waffenverbotszonen Vorlage: 0217/2023/An
5.2.	Anfrage der SPD, RH Köhler, betr. Mietvertrag und Ausschreibungspraxis im Zusammenhang mit dem künftigen Standort der Stadtbücherei im ehemaligen Karstadt-Gebäude Vorlage: 0219/2023/An
5.3.	Anfrage Bündnis 90/Die Grünen, RF Broy, betr. Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts der Stadt Neumünster Vorlage: 0220/2023/An
5.4.	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Joost, betr. Auftragnehmer Schulbegleitung nach SGB IX Vorlage: 0210/2023/An
5.5.	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Balster, betr. Besuchersubvention "Theater in der Dr. Uwe Harder Stadthalle" und "Tuch + Technik Textilmuseum Neumünster" Vorlage: 0213/2023/An
5.6.	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Langas-Umlandt, betr. Waffenverbotszonen Vorlage: 0216/2023/An
5.7.	Anfrage BfB/dieBasis, RH Gärtner, betr. Nachfrage zur Antwort vom 02.06.2025 - Städtebauförderung - Novellierung durch das Land gefährdet Projekte Vorlage: 0223/2023/An
5.8.	Anfrage der AfD, RH Ortfeld, betr. Umgang der Stadtverwaltung mit AfD-Mitgliedern, AfD-Unterstützern, AfD-Wählern als Angestellte der Stadtverwaltung Vorlage: 0211/2023/An

5.9.	Anfrage Offene Liste Neumünster, RF Göking, betr. Pachtverlängerung Wasbekerstr. Vorlage: 0221/2023/An
6.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
7.	Einwohnerfragestunde
8.	Anträge
8.1.	Waffenverbotszonen
8.1.1.	Gemeinsamer Antrag von SPD und CDU betr. Einrichtung einer Waffenverbotszone am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) sowie an ausgewählten Bushaltestellen im Stadtgebiet Neumünster Vorlage: 0218/2023/An
8.1.2.	Antrag der Bürgerfraktion betr. Einrichtung Waffenverbotszonen Vorlage: 0214/2023/An
8.2.	Antrag der FDP, RH Kaikowski, betr. Verzicht der angekündigten Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Mandatsträger in der Kommunalpolitik für Neumünster Vorlage: 0215/2023/An
8.3.	Antrag BfB/dieBasis, RH Gärtner, betr. Neubefassung von Investitionsbeschlüssen älter 5 Jahre Vorlage: 0222/2023/An
9.	Gremienumbesetzung: Nachbesetzung im Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit und Ordnung Vorlage: 0542/2023/DS
10.	Städtische Beteiligungen: Holstenhallen Service GmbH; hier: Änderung des Gesellschaftsvertrags und Gewährung von Zuwendungen für die Aufgaben des Citymanagements Vorlage: 0535/2023/DS
11.	Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster-Mitte Vorlage: 0531/2023/DS
12.	2. Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Nachtragshaushaltsplan Vorlage: 0532/2023/DS
13.	Bericht „Kindertagesbetreuung in Neumünster“ und Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Kindergartenjahr 2025/2026 Vorlage: 0541/2023/DS
14.	Vertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Verein Notruf Neumünster e.V. - Fachberatung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt Vorlage: 0497/2023/DS

15.	Vertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über die Durchführung der Schuldnerberatung Vorlage: 0512/2023/DS
16.	Regelungen zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen von freien Trägern in Neumünster ab dem 01.01.2026 Vorlage: 0510/2023/DS
17.	Neuregelung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) Vorlage: 0540/2023/DS
18.	Neuregelung der Anerkennung von Mitarbeitenden im Freiwilligendienst (FSJ/BFD) Vorlage: 0543/2023/DS
19.	Zuwendungsvertrag für die Erziehungsberatungsstelle des Beratungszentrums Mittelholstein (BZM) der Diakonie Altholstein Vorlage: 0423/2023/DS
20.	Fortführung Rahmenkonzept für Streetwork in der Stadt Neumünster Vorlage: 0547/2023/DS
21.	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Kostenlose Abgabe empfängnisverhütender Mittel (Maßnahme T 6); Fortsetzung der Maßnahme Vorlage: 0496/2023/DS
22.	59. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Ehem. Lekkerland, Grüner Weg" - Beschluss über Stellungnahmen - Abschließender Beschluss Vorlage: 0533/2023/DS
23.	Bebauungsplan Nr. 95 "Grüner Weg, ehemals Lekkerland" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0534/2023/DS
24.	Beteiligungsverfahren Neuaufstellung Regionalpläne Schleswig-Holstein - Abgabe Stellungnahme Planungsraum II - Beschluss Stellungnahme Planungsraum II - Verzicht auf Abgabe von Stellungnahmen zu Planungsraum I und Planungsraum III Vorlage: 0536/2023/DS
25.	Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Zweiter Entwurf April 2025) - Abgabe Stellungnahme - Beschluss Stellungnahme Vorlage: 0537/2023/DS

26.	Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Kapitel 4,7 (Juli 2025) - Abgabe Stellungnahme Planungsräume II und III - Beschluss Stellungnahme Planungsräume II und III - Verzicht auf Abgabe von Stellungnahme zu Planungsraum I Vorlage: 0557/2023/DS
27.	Erfassung von Abfällen auf Recyclinghöfen in Neumünster Vorlage: 0553/2023/DS
28.	Erweiterung der Kläranlage zur vermehrten Stickstoffelimination Vorlage: 0554/2023/DS
29.	Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und Stellenplan Vorlage: 0530/2023/DS
30.	Dringliche Vorlagen
31.	Volkshochschule: Überprüfung und Empfehlung zur Beschlusslage zum Umzug in die ehemalige Helene-Lange-Schule Vorlage: 0227/2023/MV
32.	Städtische Beteiligten: Quartalsbericht II. Quartal 2025 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 0221/2023/MV
33.	Jahresabschluss 2024 Vorlage: 0218/2023/MV
34.	Quartalsbericht Finanzen II / 2025 Vorlage: 0219/2023/MV
35.	Schulentwicklungsplanung; hier: Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten für die Weiterentwicklung der Mühlenhofschule zur Offenen Ganztagschule Vorlage: 0230/2023/MV
36.	Sachstandsbericht zur Umgestaltung der Schulbegleitung (SGB VIII und SGB IX) Vorlage: 0225/2023/MV
37.	Nichtanwendbarkeit von Durchführungsplänen Vorlage: 0195/2023/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger teilt mit, dass Ratsfrau Nitschke sich entschuldigt habe. Ratsherr Langas verspäte sich.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem TOP 38 „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 22.07.2025 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ 2 weitere Tagesordnungspunkt identifiziert, bei denen Ausschlussgründe vorliegen.

Bei den TOPs 39 und 40 geht es um Rechtsgeschäfte mit Privaten/Unternehmen, deren persönliche oder wirtschaftliche Verhältnisse in die Beratung mit einbezogen werden könnten.

Der TOP 41 ist für Mitteilungen vorgesehen.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet, dass über die in der Sitzung am 22.07.2025 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse schriftlich als Anlage zur Niederschrift über die Sitzung am 22.07.2025 berichtet wurde. Die Anlage steht im öffentlichen Teil des Ratsinformationssystems zur Verfügung.

Beschluss:

Die TOPs 38 bis 41 werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten. Der TOP 41 ist für Mitteilungen vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 54
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

3 .	Tagesordnung der Sitzung am 30.09.2025
-----	--

Da es keine anderslautenden Vorschläge gibt, wird die Tagesordnung in der vorgesehenen Reihenfolge abgehandelt.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 22.07.2025
-----	---

Es liegen keine Einwendungen vor.

5 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Herr Oberbürgermeister Bergmann berichtet, dass das Land Schleswig-Holstein den Bau einer neuen Erstaufnahmeeinrichtung in Boostedt an der Ortsgrenze zu Neumünster plane. Die Erschließung dieses Grundstückes würde das Land gerne über Neumünster vornehmen. Dafür sei eine Zustimmung Neumünsters erforderlich. Herr Oberbürgermeister Bergmann habe dem Land mitgeteilt, dass dieser Erschließung des Grundstückes über Neumünster nicht zugestimmt werde, da Neumünster die mit der Erschließung einhergehenden Belastungen nicht tragen könne. Im Zusammenhang Auflösung des bisherigen Standortes der Erstaufnahmeeinrichtung müsse auch die Justizvollzugsschule eine neue Unterbringung finden. Herr Oberbürgermeister Bergmann werde dem Justizministerium eine Unterbringung der Justizvollzugsschule in Neumünster anbieten.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger weist darauf hin, dass die Anfragen an dieser Stelle lediglich über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. Gemäß § 16 Abs. 3 der Geschäftsordnung wird darüber weder beraten noch gibt es dazu Anträge bzw. Beschlüsse.

5.1 .	Anfrage der SPD, RH Johna, betr. Einführung Waffenverbotszonen Vorlage: 0217/2023/An
5.2 .	Anfrage der SPD, RH Köhler, betr. Mietvertrag und Ausschreibungspraxis im Zusammenhang mit dem künftigen Standort der Stadtbücherei im ehemaligen Karstadt-Gebäude Vorlage: 0219/2023/An
5.3 .	Anfrage Bündnis 90/Die Grünen, RF Broy, betr. Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts der Stadt Neumünster Vorlage: 0220/2023/An
5.4 .	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Joost, betr. Auftragnehmer Schulbegleitung nach SGB IX Vorlage: 0210/2023/An
5.5 .	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Balster, betr. Besuchersubvention "Theater in der Dr. Uwe Harder Stadthalle" und "Tuch + Technik Textilmuseum Neumünster" Vorlage: 0213/2023/An
5.6 .	Anfrage der Bürgerfraktion, RH Langas-Umlandt, betr. Waffenverbotszonen Vorlage: 0216/2023/An
5.7 .	Anfrage BfB/dieBasis, RH Gärtner, betr. Nachfrage zur Antwort vom 02.06.2025 - Städtebauförderung - Novellierung durch das Land gefährdet Projekte Vorlage: 0223/2023/An
5.8 .	Anfrage der AfD, RH Ortfeld, betr. Umgang der Stadtverwaltung mit AfD-Mitgliedern, AfD-Unterstützern, AfD-Wählern als Angestellte der Stadtverwaltung Vorlage: 0211/2023/An

5.9 .	Anfrage Offene Liste Neumünster, RF Göking, betr. Pachtverlängerung Wasbekerstr. Vorlage: 0221/2023/An
-------	--

6 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet, dass im Jugendhilfeausschuss erneut eine Nachbesetzung anstehe. Herr Jens-Peter Voigt, welcher am 22.07.2025 auf Vorschlag der Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände Neumünster als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt worden ist, hat mitgeteilt, dass er aus Neumünster wegziehen wird. Mit Wirkung ab 01.10.2025 ist der Sitz somit vakant. Noch liegt kein Vorschlag für eine Nachbesetzung vor. Es wird davon ausgegangen, dass diese in der Ratsversammlung am 02.12.2025 erfolgen kann.

7 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

8 .	Anträge
8.1 .	Waffenverbotszonen
8.1.1 .	Gemeinsamer Antrag von SPD und CDU betr. Einrichtung einer Waffenverbotszone am Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) sowie an ausgewählten Bushaltestellen im Stadtgebiet Neumünster Vorlage: 0218/2023/An

Ratsherr Matthiesen zieht den Antrag zurück.

8.1.2 .	Antrag der Bürgerfraktion betr. Einrichtung Waffenverbotszonen Vorlage: 0214/2023/An
---------	---

Ratsherr Joost zieht den Antrag zurück.

8.2 .	Antrag der FDP, RH Kaikowski, betr. Verzicht der angekündigten Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Mandatsträger in der Kommunalpolitik für Neumünster Vorlage: 0215/2023/An
-------	--

Ratsherr Kaikowski bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Ratsherr Rüstemeier bringt einen gemeinsamen Änderungsantrag von CDU und SPD ein, welcher den Antrag wie folgt abändern soll:

„Für den Fall, dass die Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen

Ehrenämtern (EntschVO) zum 1.1.2026 um den Faktor 1,75 erhöht werden sollte, wird die Verwaltung um Vorlage einer wie folgt geänderten Entschädigungssatzung für die Stadt Neumünster gebeten:

- a) Für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.05.2028 sind in § 2 (1), § 2 (2) a, § 2 (4) sowie § 3 statt der 90% dann 61,6% vorzusehen.
- b) Ab dem 01.06.2028 ist a) rückgängig zu machen.

Die Satzung ist für den genannten Fall der Ratsversammlung im Dezember 2025 zur Beschlussfassung vorzulegen.“

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 8.2 hinterlegt.

Der Antrag und der Änderungsantrag werden kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der aktuellen Haushaltslage.

Ratsherr Joost regt an zusätzlich die Pausenverpflegung zu überdenken, da dies auch jeder über die Aufwandsentschädigung bezahlen könne. Er wolle dies nochmal im Ältestenrat besprechen.

Dem Änderungsantrag von CDU und SPD wird mit 33 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss (geänderte Fassung):

Für den Fall, dass die Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (EntschVO) zum 1.1.2026 um den Faktor 1,75 erhöht werden sollte, wird die Verwaltung um Vorlage einer wie folgt geänderten Entschädigungssatzung für die Stadt Neumünster gebeten:

- a) Für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.05.2028 sind in § 2 (1), § 2 (2) a, § 2 (4) sowie § 3 statt der 90% dann 61,6% vorzusehen.
- b) Ab dem 01.06.2028 ist a) rückgängig zu machen.

Die Satzung ist für den genannten Fall der Ratsversammlung im Dezember 2025 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis (geänderte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 12

8.3 .	Antrag BfB/dieBasis, RH Gärtner, betr. Neubefassung von Investitionsbeschlüssen älter 5 Jahre Vorlage: 0222/2023/An
-------	--

Ratsherr Gärtner zieht den Antrag zurück.

9 .	Gremienumbesetzung: Nachbesetzung im Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit und Ordnung Vorlage: 0542/2023/DS
-----	---

Beschluss (Wahl):

An Stelle des abberufenen bürgerschaftlichen Mitglieds Marcel Hübner wird Herr Volker Matthiensen als bürgerschaftliches Mitglied in den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit und Ordnung gewählt.

Abstimmungsergebnis (Wahl):

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 54
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Somit ist Herr Volker Matthiensen als bürgerschaftliches Mitglied in den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit und Ordnung gewählt.

10 .	Städtische Beteiligungen: Holstenhallen Service GmbH; hier: Änderung des Gesellschaftsvertrags und Gewährung von Zuwendungen für die Aufgaben des Citymanagements Vorlage: 0535/2023/DS
------	--

Ratsfrau Kringel bringt einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen. Demnach soll der Beschlusspunkt 4 wie folgt ergänzt werden:

„Für den Fall der Umsatzsteuerfreiheit wird die Zuwendung in einer Höhe von bis zu 115.000,00 Euro netto gewährt.“

Der Ergänzungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 10 hinterlegt.

Dem Ergänzungsantrag wird mit 26 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss (ergänzte Fassung):

1. Die Ratsversammlung stimmt der Betrauung der Holstenhallen Service GmbH für die Aufgaben des Citymanagements und Maßnahmen zur weiteren Belegung der Innenstadt Neumünsters zu.
2. Die Ratsversammlung stimmt der Gewährung von Zuwendungen an die Holstenhallen Service GmbH in den Geschäftsjahren 2026 bis 2030 in Höhe von jährlich bis zu 137.000,00 Euro brutto sowie einer unentgeltlichen Nutzungsüberlassung des Pavillongebäudes Großflecken 34 und einem Kostenerlass für die Inanspruchnahme von Leistungen des Fachdienstes Technisches Betriebszentrum für Aufgaben des Citymanagements und Maßnahmen zur weiteren Belegung der Innenstadt Neumünsters mittels Zuwendungsbescheiden zu und ermächtigt die Verwaltung, abweichend vom Beschluss der Ratsversammlung vom 18.09.2001 (Ziffer I. 5 DA Zuwendungen), über die Weiter-gewährung weiterer Zuwendungen für anschließende Bewilligungszeiträume an die Gesellschaft selbstständig und ohne erneute Verwaltungsvorlage zu entscheiden, längstens jedoch für Zuwendungen bis Ende des Geschäftsjahres 2030.
3. Die Ratsversammlung stimmt der wesentlichen Erweiterung der Holstenhallen Service GmbH und der als Anlage beigefügten Änderung des Gesellschaftsvertrages zu.
4. Die Beschlüsse der Ratsversammlung zu den Antragspunkten 1. bis 3. und die abschließende konkrete Ausgestaltung hierzu stehen unter dem Vorbehalt einer noch ausstehenden verbindlichen Auskunft des Finanzamtes und werden erst nach dessen Erhalt umgesetzt. Für den Fall der Umsatzsteuerfreiheit wird die Zuwendung in einer Höhe von bis zu 115.000,00 Euro netto gewährt.
5. Die Verwaltung wird ermächtigt, den bestehenden Konzessionsvertrag mit der Citymanagement Neumünster GmbH bis max. zum 31.12.2026 zu verlängern, sofern eine Umsetzung der Beschlusspunkte 1 bis 3 bis zum 31.12.2025 nicht möglich sein sollte.

Abstimmungsergebnis (ergänzte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 47
Nein-Stimmen: 7
Enthaltung: 0

11 .	Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr Neumünster-Mitte Vorlage: 0531/2023/DS
------	---

Beschluss:

Der Wahl von Herrn **Hauptlöschmeister Christoph Niklas Fürst** zum stellvertretenden Ortswehrführer der FF Neumünster-Mitte wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

12 .	2. Nachtragshaushaltssatzung 2025 mit Nachtragshaushaltsplan Vorlage: 0532/2023/DS
------	---

Herr Erster Stadtrat Knapp bringt den Nachtragshaushalt ein und erläutert die Kostensteigerungen.

Der Nachtragshaushalt wird intensiv diskutiert, insbesondere hinsichtlich der Unterstützung des FEK und die Notwendigkeit dessen Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Beschluss:

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung sowie der 2. Nachtragshaushaltsplan 2025 mit Anlagen werden in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 54
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

13 .	Bericht „Kindertagesbetreuung in Neumünster“ und Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Kindergartenjahr 2025/2026 Vorlage: 0541/2023/DS
------	---

Ratsherr Voigt weist darauf hin, dass bei einem Überangebot an Betreuungsplätzen entschieden werden müsse, wie mit dem weiteren Ausbau umgegangen werden solle.

Beschluss:

Der Bericht „Kindertagesbetreuung in Neumünster“ wird zur Kenntnis genommen, und dem „Bedarfsplan für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Kindergartenjahr 2025/2026“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 54
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

14 .	Vertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Verein Notruf Neumünster e.V. - Fachberatung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt Vorlage: 0497/2023/DS
------	--

Beschluss:

Dem Abschluss des als Anlage 1 [der Vorlage] beigefügten Vertrages zwischen der Stadt Neumünster und dem Verein Notruf e.V. – Fachberatung bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.12.2030 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

15 .	Vertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über die Durchführung der Schuldnerberatung Vorlage: 0512/2023/DS
------	---

Ratsherr Meyer bringt einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Der erste Punkt des Änderungsantrages wurde bereits im Hauptausschuss zurückgezogen, sodass es nur um den zweiten Punkt des Änderungsantrages geht. Demnach soll § 12 (2) des Vertragsentwurfes wie folgt ersetzt werden:

„Der Vertrag kann jederzeit von jeder Vertragspartei mit einer Frist von einem Jahr zum 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich gekündigt werden.“

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 15 hinterlegt.

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss (geänderte Fassung):

Dem Abschluss des als Anlage 1 [der Vorlage] beigefügten Vertrages zwischen der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über die Durchführung der Schuldnerberatung für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.12.2030 wird zugestimmt.

§ 12 (2) des Vertragsentwurfes wird wie folgt ersetzt: „Der Vertrag kann jederzeit von jeder Vertragspartei mit einer Frist von einem Jahr zum 31. Dezember eines jeden Jahres schriftlich gekündigt werden.“

Abstimmungsergebnis (geänderte Fassung):

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 54

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

16 .	Regelungen zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen von freien Trägern in Neumünster ab dem 01.01.2026 Vorlage: 0510/2023/DS
------	--

Die Vorlage liegt in Form einer Neufassung vor.

Ratsherr Klimm bringt einen gemeinsamen Änderungsantrag von SPD, CDU und Grünen ein und begründet diesen. Der Änderungsantrag lautet wie folgt:
„Punkt 1 der DS wird zur nächsten Beratungsfolge ab 19. November in den Fachausschüssen und der endgültigen Beschlussfassung in der Ratsversammlung am 02. Dezember 2025 durch die Verwaltung erneut vorgelegt.

Punkt 2a der DS; Freiwillige Leistungen der Stadt Neumünster für die Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt. Die Punkte 2b und 2c werden zur nächsten Beratungsfolge durch die Verwaltung erneut vorgelegt.“

Der Änderungsantrag ist im Ratsinformationssystem bei TOP 16 hinterlegt.

Herr Stadtrat Hillgruber bestätigt auf Nachfrage von Ratsfrau Göking, dass eine Beschlussfassung des Punktes 2a aus Sicht der Verwaltung unproblematisch sei und Sicherheit für die Mitarbeitenden schaffe.

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Beschluss (geänderte Fassung):

Punkt 1 der DS wird zur nächsten Beratungsfolge ab 19. November in den Fachausschüssen und der endgültigen Beschlussfassung in der Ratsversammlung am 02. Dezember 2025 durch die Verwaltung erneut vorgelegt.

Punkt 2a der DS; Freiwillige Leistungen der Stadt Neumünster für die Kindertageseinrichtungen wird zugestimmt:

2a) Zur Sicherstellung und Erfüllung des Anspruchs auf Inklusion und Kinderschutz sowie der verlässlichen Arbeit in allen Kindertageseinrichtungen in Neumünster wird der Bereitstellung eines zusätzlichen Budgets für Personal (neumünsterspezifische Qualität) in Höhe von bis zu 2,4 Mio. € für die Träger von Kindertageseinrichtungen zugestimmt. Die Punkte 2b und 2c werden zur nächsten Beratungsfolge durch die Verwaltung erneut vorgelegt.

Abstimmungsergebnis (geänderte Fassung):

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 54

Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 0

17 .	Neuregelung der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) Vorlage: 0540/2023/DS
------	--

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung zu II.1. zur finanziellen Regelung der Praxisintegrierten Ausbildung ab dem Ausbildungsjahrgang 2026 (PiA) gemäß PQVO und KiTaG S-H, sowie der Übergangsregelung für die bereits laufenden Jahrgänge 2023, 2024 und 2025 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

18 .	Neuregelung der Anerkennung von Mitarbeitenden im Freiwilligendienst (FSJ/BFD) Vorlage: 0543/2023/DS
------	---

Beschluss:

Dem Vorschlag der Verwaltung zu II.1., die bisherige Praxis zur finanziellen Regelung der Mitarbeitenden im Freiwilligendienst (FSJ/BFD) bis 31.07.2026 fortzusetzen und ab dem 01.08.2026 die Regelungen gemäß KiTaG S-H anzuwenden, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

19 .	Zuwendungsvertrag für die Erziehungsberatungsstelle des Beratungszentrums Mittelholstein (BZM) der Diakonie Altholstein Vorlage: 0423/2023/DS
------	--

Beschluss:

Dem Abschluss des als Anlage 1 [der Vorlage] beigefügten Zuwendungsvertrages zwischen der Stadt Neumünster und der Diakonie Altholstein wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

20 .	Fortführung Rahmenkonzept für Streetwork in der Stadt Neumünster Vorlage: 0547/2023/DS
------	---

Herr Stadtrat Hillgruber bringt die Vorlage ein und erläutert, dass es bei der Vorlage um die Verlängerung des Instrumentes Streetwork, nicht jedoch um den konkreten Vertrag gehe. Der Auftrag sei neu auszuschreiben.

Die Vorlage wird intensiv und kontrovers diskutiert, dabei wird von mehreren Seiten insbesondere das Konzept kritisiert.

Herr Oberbürgermeister Bergmann bietet eine Überarbeitung des Konzeptes an, sowie dieses mit dem Sicherheitskonzept zusammenzubringen.

Ratsherr Gärtner beantragt die Vertagung der Angelegenheit.

Die Vertagung wird diskutiert.

Herr Oberbürgermeister Bergmann zieht die Vorlage zurück und teilt mit, dass die Thematik erst nach einem Dialog mit allen Beteiligten erneut eingebracht werde. Es erhebt sich kein Widerspruch gegen das Zurückziehen.

21 .	Umsetzung Handlungskonzept Armut; hier: Kostenlose Abgabe empfangnisverhütender Mittel (Maßnahme T 6); Fortsetzung der Maßnahme Vorlage: 0496/2023/DS
------	--

Die Vorlage wird kontrovers diskutiert hinsichtlich der Notwendigkeit diese Kosten als Kommune zu tragen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage 3 [der Vorlage] beigefügten Vertrag mit AWO Schleswig-Holstein gGmbH mit einem jährlichen Zuwendungsbetrag von 43.000 Euro für die Jahre 2026 bis einschließlich 2030 abzuschließen und zu unterzeichnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den als Anlage 4 [der Vorlage] beigefügten Vertrag mit donum vitae in Schleswig-Holstein e.V. mit einem jährlichen Zuwendungsbetrag von 2.000 Euro für die Jahre 2026 bis einschließlich 2030 abzuschließen und zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 25
Enthaltung: 0

22 .	59. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 "Ehem. Lekkerland, Grüner Weg" - Beschluss über Stellungnahmen - Abschließender Beschluss Vorlage: 0533/2023/DS
------	--

Ratsfrau Schmidt erklärt sich gem. § 22 GO für befähigt und verlässt für die Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes den Raum.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der Veröffentlichung im Internet und öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 59. Änderung des Flächennutzungsplanes 1990 „Ehem. Lekkerland, Grüner Weg“ für das Gebiet südwestlich des Grünen Weges, südöstlich der Lindenstraße, nordwestlich der Altonaer Straße im Bereich des ehemaligen Lekkerland-Geländes im Stadtteil Wittorf.
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) bestätigt.
4. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB wird gebilligt.
5. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Flächennutzungsplanung dem Innenministerium zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung ist anschließend nach § 6 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

23 .	Bebauungsplan Nr. 95 "Grüner Weg, ehemals Lekkerland" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0534/2023/DS
------	--

Ratsfrau Schmidt erklärt sich gem. § 22 GO für befähigt und verlässt für die Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes den Raum.

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen und wiederholten öffentlichen Auslegung sowie die aus der Beteiligung und wiederholten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlichen Belange abgegebenen Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der [der Vorlage] beiliegenden Übersicht (Anlage 07 [der Vorlage]) zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) geändert worden ist sowie nach § 86 der Landesbauordnung (LBO) für das Land Schleswig-Holstein in der Fassung vom 5. Juli 2024 (GVOBl. 2024 S. 504), den Bebauungsplanes Nr. 95 „Grüner Weg, ehemals Lekkerland“ für das Gebiet „Grüner Weg, ehemals Lekkerland“ im Stadtteil Wittdorf, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und dem Text (Teil C) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Ratsversammlung nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig)

Ja-Stimmen: 53
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

24 .	Beteiligungsverfahren Neuaufstellung Regionalpläne Schleswig-Holstein - Abgabe Stellungnahme Planungsraum II - Beschluss Stellungnahme Planungsraum II - Verzicht auf Abgabe von Stellungnahmen zu Planungsraum I und Planungsraum III Vorlage: 0536/2023/DS
------	---

Beschluss:

1. Die vorliegende Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes für den Planungsraum II wird beschlossen und in das Beteiligungsverfahren eingebracht.
2. Die Stadt Neumünster beschließt, dass zum Planungsraum I und zum Planungsraum III aufgrund fehlender Betroffenheit keine Stellungnahmen abgegeben werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

25 .	Teilfortschreibung "Windenergie an Land" des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 - Änderung Kapitel 4.5.1 (Zweiter Entwurf April 2025) - Abgabe Stellungnahme - Beschluss Stellungnahme Vorlage: 0537/2023/DS
------	--

Ratsherr Joost lobt die Verwaltung für die Stellungnahme.

Beschluss:

Die vorliegende Stellungnahme zur Teilfortschreibung zum Thema Teilfortschreibung „Windenergie an Land“ des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021- Änderung Kapitel 4.5.1 (Zweiter Entwurf April 2025) wird beschlossen und in das Beteiligungsverfahren eingebracht.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 3

26 .	Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Kapitel 4,7 (Juli 2025) - Abgabe Stellungnahme Planungsräume II und III - Beschluss Stellungnahme Planungsräume II und III - Verzicht auf Abgabe von Stellungnahme zu Planungsraum I Vorlage: 0557/2023/DS
------	--

Beschluss:

1. Die vorliegende Stellungnahme zur Teilaufstellung des Regionalplanes für die Planungsräume II und III in Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Kapitel 4.7 (Juli 2025) wird beschlossen und in das Beteiligungsverfahren eingebracht.
2. Die Stadt Neumünster beschließt, dass zur Teilaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein zum Thema Windenergie an Land Kapitel 4.7 (Juli 2025) aufgrund fehlender Betroffenheit keine Stellungnahme abgegeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 48
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: 2

27 .	Erfassung von Abfällen auf Recyclinghöfen in Neumünster Vorlage: 0553/2023/DS
------	--

Beschluss:

- 1.) Der geänderten Konzeption zur Erfassung von Abfällen über Recyclinghöfe und Wertstoffsammelplätze in Neumünster wird zugestimmt.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt die Leistung zum Betrieb eines Recyclinghofes auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

28 .	Erweiterung der Kläranlage zur vermehrten Stickstoffelimination Vorlage: 0554/2023/DS
------	--

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur Erweiterung der Kläranlage einzuleiten (Planungsbeschluss).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (einstimmig, mangels Widerspruch)

29 .	Haushaltssatzung 2026 mit Haushaltsplan und Stellenplan Vorlage: 0530/2023/DS
------	--

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 wurden vorgezogen. Somit erfolgt die Behandlung des TOPs 29 nach TOP 37.

Beraten wird die Vorlage inklusive der vorliegenden Veränderungsliste der Verwaltung und der Anträge der Fraktionen zum Haushalt.

Herr Oberbürgermeister Bergmann bringt mit seiner Rede zum Haushalt die Vorlage ein und dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung. Neumünster befinde sich in einer schwierigen Lage, welche nicht selbst verschuldet sei und auch nicht eigenständig gelöst werden könne. Die Verwaltung habe die Einnahmen und Ausgaben hinsichtlich ihrer Steuerungsmöglichkeiten überprüft. Der Haushaltsentwurf sei seriös und Neumünster solle zukunfts- und handlungsfähig bleiben.

Es folgen die Haushaltsreden der Fraktionen und Ratsfrau Göking in folgender Reihenfolge:

1. Ratsherr Rüstemeier für die CDU-Ratsfraktion
2. Ratsherr Matthiesen für die SPD-Rathausfraktion
3. Ratsfrau Broy für die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsfraktion

Die Sitzung wird um 13:05 Uhr für eine Pause unterbrochen und um 14:21 Uhr fortgesetzt.

Die Haushaltsreden werden fortgesetzt:

4. Ratsherr Janetzky für die FDP Ratsfraktion
5. Ratsherr Joost für die Bürgerfraktion
6. Ratsherr Gärtner für die Ratsfraktion BfB/dieBasis
7. Ratsherr Preuß für die AfD Ratsfraktion Neumünster
8. Ratsherr Proch für die Ratsfraktion Heimat Neumünster
9. Ratsfrau Göking

Frau Stadtpräsidentin Schättiger bedankt sich für die gute Aufarbeitung des Haushaltes und der Änderungsanträge bei der Verwaltung.

Im Folgenden werden die einzelnen Änderungs- und Ergänzungsanträge der Fraktionen, beginnend mit dem Ergebnisplan (E1 bis E12) und dann dem Finanzplan (I1 bis I4), aufgerufen und beschlossen. Anschließend erfolgt die Beratung und Beschlussfassung über die Begleitanträge (B1 bis B12).

Änderungsanträge zum Ergebnishaushalt:

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 1	BfB/dieBasis	Steuererträge aus Vorschlagsliste
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 1 zu 0530/2023/DS)		
Für die Vorschläge für Haushaltsentlastungen 2026 auf den Seiten A 66 bis A 68 wird Einzelabstimmung beantragt.		
Rats Herr Gärtner bringt den Antrag auf Einzelabstimmung ein und begründet ihn.		
<u>Nr. 1 Anhebung Gewerbesteuersatz</u>		
<u>Beschluss:</u> [Ablehnung] Dem Vorschlag der Verwaltung, den Gewerbesteuersatz von 410% auf 450% anzuheben, wird zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ablehnung (mehrheitlich) Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 49 Enthaltung: 4		
<hr/>		
<u>Nr. 2 Anpassung Grundsteuer B auf Niveau vor Grundsteuerreform:</u>		
<u>Beschluss:</u> Dem Vorschlag der Verwaltung, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohngrundstücke von 529% auf 548% sowie für Nicht-Wohngrundstücke von 1.009% auf 1.045% anzuheben, wird zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u> Zustimmung (mehrheitlich) Ja-Stimmen: 37 Nein-Stimmen: 17 Enthaltung: 0		
<hr/>		
<u>Nr. 3 Anhebung Vergnügungssteuer</u>		
<u>Beschluss:</u> Dem Vorschlag der Verwaltung, die Vergnügungssteuer von 20% auf 22% anzuheben, wird zugestimmt.		

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 51
Nein-Stimmen: 3
Enthaltung: 0

Nr. 4 Anhebung Hundesteuer

Dem Vorschlag der Verwaltung, die Hundesteuer für den ersten Hund von 120 € auf 130 € und für den zweiten Hund von 138 € auf 148 € sowie für jeden weiteren Hund von 165 € auf 175 € anzuheben, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 41
Nein-Stimmen: 13
Enthaltung: 0

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 1a	CDU, SPD	Gewerbsteuer
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 5 zu 0530/2023/DS)		
Der Gewerbesteuerhebesatz wird bei 410 Punkten festgesetzt.		
<u>Hinweis:</u> Doppelung mit E1 Nr. 1.		
Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet ihn. Die Anhebung des Gewerbesteuersatzes sei zwar bereits soeben abgelehnt worden, hiermit werde der Hebesatz jedoch nochmal konkret festgelegt.		
<u>Beschluss:</u>		
Der Gewerbesteuerhebesatz wird bei 410 Punkten festgesetzt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 35 Nein-Stimmen: 19 Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 2	Die Grünen	Neumünstrum
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 10 zu 0530/2023/DS)		
Aufnahme der Gelder für die Kinderstadt Neumünstrum in Höhe von EUR 75.000,00 in den Haushaltsplan 2026, um die Durchführung im kommenden Jahr gewährleisten zu können.		
Die Anträge E2 und E2a werden gemeinsam beraten.		
Ratsfrau Mohr bringt den Antrag E2 ein und begründet diesen. Das Projekt wirke gegen Politikverdrossenheit und stelle eine verlässliche Kinderbetreuung in den Ferien dar.		
Bezüglich des weiteren Beratungsverlaufs siehe E2a.		
<u>Beschluss:</u>		
[Ablehnung]		
Aufnahme der Gelder für die Kinderstadt Neumünstrum in Höhe von EUR 75.000,00 in den Haushaltsplan 2026, um die Durchführung im kommenden Jahr gewährleisten zu können.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Ablehnung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 9		
Nein-Stimmen: 45		
Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 2a	CDU, SPD	Neumünstrum: Kinder- und Jugenddemokratiebildung weiter ermöglichen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 5 zu 0530/2023/DS)		
Die Ausrichtung des Projekts „Neumünstrum“ soll wie üblich zweijährlich – also auch 2026 – ermöglicht werden. Der in Fachdienst 40 wegfallende Aufwand ist in Fachdienst 52 bereits eingeplant und soll explizit ausgewiesen werden.		
Die Anträge E2 und E2a werden gemeinsam beraten.		
Ratsherr Weber bringt den Antrag E2a ein und begründet diesen. Es werde angeregt die Elternbeiträge im Rahmen eines Inflationsausgleiches zu erhöhen. Ratsherr Weber dankt Herrn Schloßbauer und seinem Team für die Realisierung des Projektes.		
Frau Radzko vom Kinder- und Jugendbeirat bedankt sich bei der Ratsversammlung das Thema aufzugreifen und zu unterstützen. Neumünstrum sei ein wichtiges Projekt zur Erlernung und Stärkung der Demokratie. Es gebe schon zahlreiche Anfragen für das nächste Neumünstrum, welches neben sozialer Teilhabe auch ein sicheres Ferienangebot für Kinder und Eltern darstelle.		
Ratsfrau Krebs weist darauf hin, dass sich die Anträge E2 und E2a in der Höhe des Ansatzes unterscheiden. Nach Rücksprache mit Herrn Schloßbauer sei ein Ansatz von 65.600 € ausreichend.		
<u>Beschluss:</u>		
Die Ausrichtung des Projekts „Neumünstrum“ soll wie üblich zweijährlich – also auch 2026 – ermöglicht werden. Der in Fachdienst 40 wegfallende Aufwand ist in Fachdienst 52 bereits eingeplant und soll explizit ausgewiesen werden.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (einstimmig)		
Ja-Stimmen: 53		
Nein-Stimmen: 0		
Enthaltung: 1		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 3	CDU, SPD	Eisbahn als Weihnachtshighlight unterstützen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 6 zu 0530/2023/DS)		
Der Betrieb einer Eisbahn wird auch 2026 mit 80.000 Euro bezuschusst.		
<p>Ratsfrau Schwede-Oldehus bringt den Antrag ein und begründet diesen. Es solle künftig zwei Planungstreffen vor der Sommerpause geben, anstelle wie bisher nur einem.</p> <p>Der Antrag wird kontrovers diskutiert, auch hinsichtlich der Art der Eisbahn. Es wird angeregt mehr Spendengelder für die Finanzierung einzuwerben.</p> <p>Ratsherr Rüstemeier erläutert, dass der Ansatz nicht ausgeschöpft werden müsse, wenn genügend Sponsoren zur Verfügung stehen.</p> <p><u>Beschluss:</u></p> <p>Der Betrieb einer Eisbahn wird auch 2026 mit 80.000 Euro bezuschusst.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p> <p>Zustimmung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 18 Enthaltung: 7</p>		

Die Sitzung wird um 15:54 Uhr für eine Pause unterbrochen und um 16:10 Uhr fortgesetzt.

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 3.1	Bürgerfraktion	Einzelabstimmung zur Vorschlagsliste
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 15 zu 0530/2023/DS)		
Die Bürgerfraktion beantragt Einzelabstimmung zu den Positionen 1, 5 und 7 der Vorschlagsliste der Verwaltung (Seite A66).		
Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
<u>Position 1 – Kürzung e-Akte</u>		
<u>Beschluss:</u>		
Dem Vorschlag der Verwaltung, das Budget 1.01 für die Einführung/den Betrieb des DMS/der E-Akte um 1.456.000 € zu kürzen, wird zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 34		
Nein-Stimmen: 17		
Enthaltung: 1		
<hr/>		
<u>Position 5 – Bauunterhaltung Hochbau</u>		
<u>Beschluss:</u>		
Dem Vorschlag der Verwaltung, das Budget 4.65 für die Bauunterhaltung Hochbau um 400.000 € zu kürzen, wird zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 37		
Nein-Stimmen: 15		
Enthaltung: 0		
<hr/>		
<u>Position 7 – Straßenunterhaltung Tiefbau</u>		
<u>Beschluss:</u>		
Dem Vorschlag der Verwaltung, das Budget 4.66 für die Straßenunterhaltung Tiefbau um 213.000 € zu kürzen, wird zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 34		
Nein-Stimmen: 18		
Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 3.2	SPD	Schulschwimmen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 19 zu 0530/2023/DS)		
Im Haushaltsentwurf wird der Haushaltsansatz auf der Position 25 auf der Seite A 66 3.41 Schulschwimmen von 705.100 Euro geändert auf 740.000 Euro.		
Ratsherr Delfs bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
Ratsherr Rüstemeier bringt einen Ergänzungsantrag ein, welchem im Rahmen von E3.2 als B13 zugestimmt wird [Antragstext und Beschluss siehe B13].		
<u>Beschluss:</u>		
Im Haushaltsentwurf wird der Haushaltsansatz auf der Position 25 auf der Seite A 66 3.41 Schulschwimmen von 705.100 Euro geändert auf 740.000 Euro.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (einstimmig)		
Ja-Stimmen: 53		
Nein-Stimmen: 0		
Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 4	BfB/dieBasis	Sonstige aus Vorschlagsliste
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 1 zu 0530/2023/DS)		
Für die Vorschläge für Haushaltsentlastungen 2026 auf den Seiten A 66 bis A 68 wird beantragt die Sonstige Nr. 1 bis 104 im Block zusammen abzustimmen [unter Berücksichtigung der vorigen Abstimmungsergebnisse zu den Nrn. 1, 5, 7, 13, 25 und 74].		
<u>Beschluss:</u>		
Den von der Verwaltung vorgeschlagenen sonstigen Haushaltsentlastungen Nrn. 2-4, 6, 8-12, 14-24, 26-73, 75-104 auf den Seiten A66 bis A68 werden zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (einstimmig)		
Ja-Stimmen: 52		
Nein-Stimmen: 0		
Enthaltung: 1		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 5	CDU, SPD	Parkgebühren
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 5 zu 0530/2023/DS)		
<p>Die bislang geltenden Beträge für die in der Parkgebührenverordnung unter § 2 Abs. 1 Ziffer 1 genannten Parkplätze und Straßen sollen um 50% angehoben werden. Für die Bereiche Großflecken und Kuhberg soll der Betrag von 30 Cent pro angefangenen 6 Minuten auf 40 Cent angehoben werden. An Wochenmarkttagen wird bis 14 Uhr eine Stunde kostenfrei gestellt.</p>		
<p>Ratsherr Weber bringt den Antrag ein und begründet diesen.</p>		
<p>Ratsfrau Diehlmann beantragt die Einzelabstimmung der drei Sätze des Antrages.</p>		
<p>Der Antrag wird kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der Auswirkungen für die Parkplatznutzenden sowie auch die kostenlose Stunde für die Stadtkasse.</p>		
<p><u>Satz 1</u></p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>Die bislang geltenden Beträge für die in der Parkgebührenverordnung unter § 2 Abs. 1 Ziffer 1 genannten Parkplätze und Straßen sollen um 50% angehoben werden.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Zustimmung (mehrheitlich)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 42</p>		
<p>Nein-Stimmen: 11</p>		
<p>Enthaltung: 0</p>		
<hr/>		
<p><u>Satz 2</u></p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>Für die Bereiche Großflecken und Kuhberg soll der Betrag von 30 Cent pro angefangenen 6 Minuten auf 40 Cent angehoben werden.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Zustimmung (mehrheitlich)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 42</p>		
<p>Nein-Stimmen: 11</p>		
<p>Enthaltung: 0</p>		
<hr/>		
<p><u>Satz 3</u></p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>An Wochenmarkttagen wird bis 14 Uhr eine Stunde kostenfrei gestellt.</p>		

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 44
Nein-Stimmen: 9
Enthaltung: 0

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 6	Bürgerfraktion	Personalaufwendungen

Antrag (siehe Anlage 4, Seite 11 zu 0530/2023/DS)

Im Gesamtergebnisplan Seite B5 laufende Nummer 11 „Personalaufwendungen“ wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 130.748.700 € pauschal um 8.443.100 € auf 122.305.600 € gekürzt und damit auf dem Stand des Haushaltsplanes 2025 eingefroren. Dieser Ansatz darf nicht überschritten werden.

Die Einhaltung des Ansatzes ist unabhängig vom Stellenplan durch die hierfür erforderliche Nichtbesetzung freier oder freiwerdender Stellen zu bewirken. Die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ist durch Umbesetzungen und Effizienzsteigerungen, durch die Optimierung von Abläufen und durch Produktivitätssteigerung, u.a. durch Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sicherzustellen.

Ratsherr Joost bringt die Anträge E6 bis E9 gebündelt ein und begründet diese.

Die Anträge E6 bis E9 werden intensiv und kontrovers diskutiert. Herr Oberbürgermeister Bergmann und Herr Erster Stadtrat Knapp erläutern, dass konkrete Kürzungsvorgaben besser wären als pauschale Streichungen.

Beschluss:

[Ablehnung]

Im Gesamtergebnisplan Seite B5 laufende Nummer 11 „Personalaufwendungen“ wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 130.748.700 € pauschal um 8.443.100 € auf 122.305.600 € gekürzt und damit auf dem Stand des Haushaltsplanes 2025 eingefroren. Dieser Ansatz darf nicht überschritten werden.

Die Einhaltung des Ansatzes ist unabhängig vom Stellenplan durch die hierfür erforderliche Nichtbesetzung freier oder freiwerdender Stellen zu bewirken. Die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ist durch Umbesetzungen und Effizienzsteigerungen, durch die Optimierung von Abläufen und durch Produktivitätssteigerung, u.a. durch Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 4
Nein-Stimmen: 49
Enthaltung: 0

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 7	Bürgerfraktion	Sach- und Dienstleistungen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 12 zu 0530/2023/DS)		
<p>Im Gesamtergebnisplan Seite B5 laufende Nummer 13 „Sach- und Dienstleistungen“ wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 69.871.900 € um 1.605.500 € auf 68.266.400 € gekürzt und damit auf dem Stand des Haushaltsplanes 2025 eingefroren. Dieser Ansatz darf nicht überschritten werden.</p>		
<p>Ratsherr Joost bringt die Anträge E6 bis E9 gebündelt ein und begründet diese.</p>		
<p>Die Anträge E6 bis E9 werden intensiv und kontrovers diskutiert. Herr Oberbürgermeister Bergmann und Herr Erster Stadtrat Knapp erläutern, dass konkrete Kürzungsvorgaben besser wären als pauschale Streichungen.</p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>[Ablehnung]</p>		
<p>Im Gesamtergebnisplan Seite B5 laufende Nummer 13 „Sach- und Dienstleistungen“ wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 69.871.900 € um 1.605.500 € auf 68.266.400 € gekürzt und damit auf dem Stand des Haushaltsplanes 2025 eingefroren. Dieser Ansatz darf nicht überschritten werden.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 4</p>		
<p>Nein-Stimmen: 48</p>		
<p>Enthaltung: 1</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 8	Bürgerfraktion	Sonstige Aufwendungen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 12 zu 0530/2023/DS)		
<p>Im Gesamtergebnisplan Seite B5 laufende Nummer 16 „Sonstige Aufwendungen“ wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 43.972.400 € um 2.124.200 € auf 41.818.200 € gekürzt und damit auf dem Stand des Haushaltsplanes 2025 eingefroren. Dieser Ansatz darf nicht überschritten werden.</p>		
<p>Ratsherr Joost bringt die Anträge E6 bis E9 gebündelt ein und begründet diese.</p>		
<p>Die Anträge E6 bis E9 werden intensiv und kontrovers diskutiert. Herr Oberbürgermeister Bergmann und Herr Erster Stadtrat Knapp erläutern, dass konkrete Kürzungsvorgaben besser wären als pauschale Streichungen.</p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>[Ablehnung]</p>		
<p>Im Gesamtergebnisplan Seite B5 laufende Nummer 16 „Sonstige Aufwendungen“ wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 43.972.400 € um 2.124.200 € auf 41.818.200 € gekürzt und damit auf dem Stand des Haushaltsplanes 2025 eingefroren. Dieser Ansatz darf nicht überschritten werden.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Ablehnung (mehrheitlich)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 4</p>		
<p>Nein-Stimmen: 47</p>		
<p>Enthaltung: 2</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 9	Bürgerfraktion	Transferaufwendungen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 12 zu 0530/2023/DS)		
<p>Im Teilergebnisplan der Organisationseinheit 3.52 (Familien- und Jugendhilfe) Produkt 36301 auf Seite B303, laufende Nummer 15 „Transferaufwendungen“, wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 46.309.500 € um 500.000 € auf 45.809.500 € gekürzt.</p> <p>Ratsherr Joost bringt die Anträge E6 bis E9 gebündelt ein und begründet diese.</p> <p>Die Anträge E6 bis E9 werden intensiv und kontrovers diskutiert. Herr Oberbürgermeister Bergmann und Herr Erster Stadtrat Knapp erläutern, dass konkrete Kürzungsvorgaben besser wären als pauschale Streichungen.</p> <p>Beschluss: [Ablehnung] Im Teilergebnisplan der Organisationseinheit 3.52 (Familien- und Jugendhilfe) Produkt 36301 auf Seite B303, laufende Nummer 15 „Transferaufwendungen“, wird der Ansatz für 2026 in Höhe von 46.309.500 € um 500.000 € auf 45.809.500 € gekürzt.</p> <p>Abstimmungsergebnis:</p> <p>Ablehnung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 47 Enthaltung: 2</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung																					
E 10	BfB/dieBasis	Ansätze der Fachbereiche																					
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 2 zu 0530/2023/DS)																							
<p>Die Ansätze der Fachbereiche (Band 1 – S. B 10 – B14) für 2026 orientieren sich an den Ansätzen für 2025 und werden im Rahmen der erwarteten Inflationsrate (2,5 Prozent) angepasst:</p> <table border="1"> <thead> <tr> <th>Fachbereich</th> <th>Ansatz 2025</th> <th>Geänderter Ansatz 2026</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>1 – Zentrale Verwaltung</td> <td>110.376.000</td> <td>113.135.000</td> </tr> <tr> <td>2 – Schule und Kultur</td> <td>19.539.100</td> <td>20.028.000</td> </tr> <tr> <td>3 – Soziales und Jugend</td> <td>254.977.100</td> <td>261.352.000</td> </tr> <tr> <td>4 – Gesundheit und Sport</td> <td>8.773.100</td> <td>8.992.000</td> </tr> <tr> <td>5 – Gestaltung der Umwelt</td> <td>70.915.000</td> <td>72.688.000</td> </tr> <tr> <td>6 – Zentrale Finanzdienstleistungen</td> <td>9.159.400</td> <td>9.388.000</td> </tr> </tbody> </table> <p>Ratsherr Gärtner zieht den Antrag zurück.</p>			Fachbereich	Ansatz 2025	Geänderter Ansatz 2026	1 – Zentrale Verwaltung	110.376.000	113.135.000	2 – Schule und Kultur	19.539.100	20.028.000	3 – Soziales und Jugend	254.977.100	261.352.000	4 – Gesundheit und Sport	8.773.100	8.992.000	5 – Gestaltung der Umwelt	70.915.000	72.688.000	6 – Zentrale Finanzdienstleistungen	9.159.400	9.388.000
Fachbereich	Ansatz 2025	Geänderter Ansatz 2026																					
1 – Zentrale Verwaltung	110.376.000	113.135.000																					
2 – Schule und Kultur	19.539.100	20.028.000																					
3 – Soziales und Jugend	254.977.100	261.352.000																					
4 – Gesundheit und Sport	8.773.100	8.992.000																					
5 – Gestaltung der Umwelt	70.915.000	72.688.000																					
6 – Zentrale Finanzdienstleistungen	9.159.400	9.388.000																					

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 11	SPD	Migrationsberatung
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 2 zu 0530/2023/DS)		
Die Zuschussanträge des AWO Landesverbands Schleswig-Holstein (15.496,30 € für die MBE und 30.190,73 € für die MBSH) sowie des Diakonischen Werks Altholstein (14.200 €) werden in den Haushaltsplan 2026 der Stadt Neumünster aufgenommen.		
Ratsherr Inci erklärt sich gem. § 22 GO für befangen und verlässt für die Beratung und Beschlussfassung dieses Änderungsantrages den Raum.		
Ratsherr Matthiesen bringt den Antrag ein und begründet diesen.		
Ratsherr Rüstemeier erklärt, dass eine Zuschussgewährung auf Zuruf dem Thema nicht gerecht werde und zunächst ein geordnetes Verfahren durchzuführen wäre.		
<u>Beschluss:</u> [Ablehnung] Die Zuschussanträge des AWO Landesverbands Schleswig-Holstein (15.496,30 € für die MBE und 30.190,73 € für die MBSH) sowie des Diakonischen Werks Altholstein (14.200 €) werden in den Haushaltsplan 2026 der Stadt Neumünster aufgenommen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u> Ablehnung (mehrheitlich) Ja-Stimmen: 22 Nein-Stimmen: 30 Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
E 12	Bürgerfraktion	Stadtentwässerung
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 15 zu 0530/2023/DS)		
Gesonderte Abstimmung im Block der Positionen 14 (Personalaufwand Sachbearbeitung Stadtentwässerung) und 15 (Abwassergebühren) der Anlage 1 A. Ergebnisplan und damit zusammenhängend die Position 2 (Sachbearbeitung Wasserwirtschaft) der Anlage 2 E. Stellenplan.		
Ratsherr Joost bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
Herr Omland erläutert, dass die Stelle notwendig sei, um die gesetzlich vorgeschriebenen Dokumentationen schaffen zu können.		
<u>Beschluss:</u>		
Den Vorschlägen der Verwaltung in der Veränderungsliste [Anlage 1 zu 0530/2023/DS] - Teil A Position 14 (Personalaufwand Sachbearbeitung Stadtentwässerung) und 15 (Abwassergebühren) sowie Teil E Position 2 (Sachbearbeitung Wasserwirtschaft) wird zugestimmt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 49		
Nein-Stimmen: 4		
Enthaltung: 0		

Änderungsanträge zum Investitionshaushalt:

Nr.	Fraktion	Maßnahme	Bezeichnung
I 1a	CDU, FDP, Bürgerfraktion, BfB/dieBasis	142501	Investition in die Helene-Lange-Schule aussetzen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 13 zu 0530/2023/DS)			
Sämtliche Maßnahmen, Ausschreibungen und Vergaben zum Umbau der ehemaligen Helene-Lange-Schule (HeLa) werden zunächst für das Jahr 2026 gestoppt und der Haushalt für 2026 im Finanzplan des Budgets 465, Maßnahme 142501 durch Entfall entsprechender Ansätze für 2026 (Auszahlung 2.000.000 €, VE 2.071.100 €) entlastet.			
Die Anträge I1a, B1 und B1a werden gemeinsam beraten und anschließend getrennt abgestimmt.			
Ratsherr Grassau bringt die Anträge I1a, B1 und B1a ein und begründet diese.			
Auf Nachfrage von Ratsherrn Matthiesen erläutert Frau Stadtbaurätin Kling, dass in der Helene-Lange-Schule aufgrund fehlenden Brandschutzes und fehlender Barrierefreiheit keine Baugenehmigung vorliege, sodass lediglich das Erdgeschoss mit Büroräumen aus gestattet worden sei. Der erforderliche Rückbau habe keine relevante Dimension.			

Ratsherr Matthiesen und Ratsfrau Broy stellen eine mögliche Befangenheit von Ratsfrau Grund-Bollow in diesen Angelegenheiten infrage. Das Vorliegen möglicher Befangenheitsgründe von Ratsfrau Grund-Bollow bezüglich möglicher Vor- oder Nachteile für das Kiek In sowie die Rechtsfolgen einer Teilnahme an der Abstimmung von Ratsfrau Grund-Bollow durch diese Anträge werden kontrovers diskutiert.

Ratsherr Rüstemeier beantragt eine Sitzungsunterbrechung zur Einberufung des Ältestenrates unter Begleitung des Fachdienstes Recht.

Die Sitzung wird zur Einberufung des Ältestenrates um 17:45 Uhr unterbrochen und um 18:09 Uhr fortgesetzt.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger erklärt, dass Frau Grund-Bollow im Ratssaal bleiben jedoch nicht mit abstimmen werde.

Die Anträge werden intensiv und kontrovers diskutiert, insbesondere hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten der Helene-Lange-Schule und der Unterbringung der VHS.

Beschluss:

Sämtliche Maßnahmen, Ausschreibungen und Vergaben zum Umbau der ehemaligen Helene-Lange-Schule (HeLa) werden zunächst für das Jahr 2026 gestoppt und der Haushalt für 2026 im Finanzplan des Budgets 465, Maßnahme 142501 durch Entfall entsprechender Ansätze für 2026 (Auszahlung 2.000.000 €, VE 2.071.100 €) entlastet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 29
Nein-Stimmen: 23
Enthaltung: 0

Nr.	Fraktion	Maßnahme	Bezeichnung
I 2	BfB/dieBasis	2019	Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 2 zu 0530/2023/DS)			
<p>Bd. 1 – S. A 50 – Nr. 63 Anpassung urbaner Räume an Klimawandel – Auszahlung wird auf 0 Euro gesetzt</p> <p>Bd. 1 – S. A 50 – Nr. 63 Anpassung urbaner Räume an Klimawandel – Verpflichtungsermächtigung wird auf 0 Euro gesetzt</p>			
<p>Ratsherr Gärtner bringt den Antrag ein und begründet ihn.</p> <p><u>Beschluss:</u> [Ablehnung] Die Auszahlung und die Verpflichtungsermächtigung zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel (Bd. 1 – S. A 50 – Nr. 63 [der Vorlage]) werden auf 0 Euro gesetzt.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ablehnung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 44 Enthaltung: 0</p>			

Nr.	Fraktion	Maßnahme	Bezeichnung
I 3	CDU, SPD	2249	Kreisverkehrsplatz Wittorfer Spinne zurückstellen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 6 zu 0530/2023/DS)			
<p>Die Investition in den Kreisverkehrsplatz Wittorfer Spinne wird für zwei Jahre zurückgestellt. Die Auszahlung wird von 180.000 Euro auf 30.000 Euro reduziert und die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.020.000 Euro wird gestrichen.</p>			
<p>Ratsherr Dr. Kandzora bringt den Antrag ein und begründet diesen.</p> <p><u>Beschluss:</u> Die Investition in den Kreisverkehrsplatz Wittorfer Spinne wird für zwei Jahre zurückgestellt. Die Auszahlung wird von 180.000 Euro auf 30.000 Euro reduziert und die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.020.000 Euro wird gestrichen.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Zustimmung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 45 Nein-Stimmen: 8 Enthaltung: 0</p>			

Nr.	Fraktion	Maßnahme	Bezeichnung
I 4	CDU, SPD	3401	Ankündigungen des Spielplatzentwicklungskonzepts umsetzen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 7 zu 0530/2023/DS)			
Für die Abarbeitung der Vorschläge aus dem Spielplatzentwicklungskonzept werden für 2026 100.000 Euro bereitgestellt. Eine Verstetigung in den Folgejahren wird erwartet.			
Ratsherr Dr. Kandzora bringt den Antrag ein und begründet diesen.			
<u>Beschluss:</u>			
Für die Abarbeitung der Vorschläge aus dem Spielplatzentwicklungskonzept werden für 2026 100.000 Euro bereitgestellt. Eine Verstetigung in den Folgejahren wird erwartet.			
<u>Abstimmungsergebnis:</u>			
Zustimmung (mehrheitlich)			
Ja-Stimmen: 49			
Nein-Stimmen: 3			
Enthaltung: 1			

Begleitanträge:

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 1	CDU, FDP, Bürgerfraktion, BfB/dieBasis	Investition in die Helene-Lange-Schule aussetzen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 13 zu 0530/2023/DS)		
<p>Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, dem Hauptausschuss im 1. Quartal 2026 Möglichkeiten für eine Anmietung der Seminarräume (und ggf. anderer Räume) im Kiek in! AÖR durch einen Ankermieter vorzustellen. Dabei sind zunächst die Konditionen einer Anmietung durch die Volkshochschule zu prüfen. Die Vermietung muss für das Kiek in! wirtschaftlich tragfähig sein.</p>		
<p>Die Anträge I1a, B1 und B1a wurden gemeinsam unter I1a beraten und anschließend getrennt abgestimmt. Zum Beratungsverlauf siehe I1a.</p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, dem Hauptausschuss im 1. Quartal 2026 Möglichkeiten für eine Anmietung der Seminarräume (und ggf. anderer Räume) im Kiek in! AÖR durch einen Ankermieter vorzustellen. Dabei sind zunächst die Konditionen einer Anmietung durch die Volkshochschule zu prüfen. Die Vermietung muss für das Kiek in! wirtschaftlich tragfähig sein.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Zustimmung (mehrheitlich)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 29</p>		
<p>Nein-Stimmen: 23</p>		
<p>Enthaltung: 0</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 1a	CDU, FDP, Bürgerfraktion, BfB/dieBasis	Investition in die Helene-Lange-Schule aussetzen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 13 zu 0530/2023/DS)		
Für den Fall, dass die städtischen Gremien sich für den Verbleib der Volkshochschule im Kiek in! entscheiden, wird die Verwaltung beauftragt, in einem nächsten Schritt alternative Nutzungen für städtische Abteilungen für die bereits zu Büroflächen ausgebauten Räumlichkeiten im HeLa-Gebäude aufzuzeigen, die zu Entmietungen an anderen Stellen führen können.		
Die Anträge I1a, B1 und B1a wurden gemeinsam unter I1a beraten und anschließend getrennt abgestimmt. Zum Beratungsverlauf siehe I1a.		
<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Für den Fall, dass die städtischen Gremien sich für den Verbleib der Volkshochschule im Kiek in! entscheiden, wird die Verwaltung beauftragt, in einem nächsten Schritt alternative Nutzungen für städtische Abteilungen für die bereits zu Büroflächen ausgebauten Räumlichkeiten im HeLa-Gebäude aufzuzeigen, die zu Entmietungen an anderen Stellen führen können.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p> <p>Zustimmung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 29 Nein-Stimmen: 23 Enthaltung: 0</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 3	BfB/dieBasis	Verwaltungsstruktur verschlanken
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 3 zu 0530/2023/DS)		
<ol style="list-style-type: none">1. Nach Auslauf der aktuellen Wahlperiode der Stellenbesetzung wird das Dezernat IV aufgelöst und die entsprechenden Stellen für die Leitung gestrichen. Die Stelle 00000/004 Stadtbaurat/ -rätin wird (Band 3 – Stellenplan – Anlage 1 – 1. V Verwaltung – Lfd. Nr. 4) wird gestrichen. Das Büro um diese Stelle und die damit verbundenen Stellen werden gestrichen.2. Der Stellenplan wird ab 2026 um 170 vollzeitäquivalente Stellen (gegenüber dem beschlossenen Haushalt von 2025 mit 1.556 Vollzeitäquivalenten – Band 1, Seite A 20, 4.2.4 Personal) über drei Jahre bis 2028 reduziert.		
Ratsherr Gärtner bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
Beschluss: [Ablehnung] <ol style="list-style-type: none">1. Nach Auslauf der aktuellen Wahlperiode der Stellenbesetzung wird das Dezernat IV aufgelöst und die entsprechenden Stellen für die Leitung gestrichen. Die Stelle 00000/004 Stadtbaurat/ -rätin wird (Band 3 – Stellenplan – Anlage 1 – 1. V Verwaltung – Lfd. Nr. 4) wird gestrichen. Das Büro um diese Stelle und die damit verbundenen Stellen werden gestrichen.2. Der Stellenplan wird ab 2026 um 170 vollzeitäquivalente Stellen (gegenüber dem beschlossenen Haushalt von 2025 mit 1.556 Vollzeitäquivalenten – Band 1, Seite A 20, 4.2.4 Personal) über drei Jahre bis 2028 reduziert.		
Abstimmungsergebnis: Ablehnung (mehrheitlich) Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 44 Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 4	BfB/dieBasis	Verzichtbare Projekte/ Investitionen streichen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 3 zu 0530/2023/DS)		
Beschlossene, aber nicht unbedingt notwendige und damit verzichtbare Projekte werden gestrichen, auch wenn das mit einem gewissen Verlust verbunden sein kann.		
Ratsherr Gärtner zieht den Antrag zurück.		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 5	BfB/dieBasis	Städtische Gesellschaften
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 3 zu 0530/2023/DS)		
Verlustbringende städtische Gesellschaften werden in ihrer Geschäftspolitik neu justiert, um zukünftig weniger Verluste zu erbringen. Gewinne erwirtschaftende Gesellschaften sollen einen Teil davon an den Haushalt abführen.		
Ratsherr Gärtner bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
<p><u>Beschluss:</u> [Ablehnung]</p> <p>Verlustbringende städtische Gesellschaften werden in ihrer Geschäftspolitik neu justiert, um zukünftig weniger Verluste zu erbringen. Gewinne erwirtschaftende Gesellschaften sollen einen Teil davon an den Haushalt abführen.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p> <p>Ablehnung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 44 Enthaltung: 0</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 6	BfB/dieBasis	Selbstnutzung städtischer Immobilien/ Liegenschaften
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 3 zu 0530/2023/DS)		
Eigene Immobilien und Liegenschaften werden zukünftig vermehrt genutzt, um die Anmietung externer Räume zu reduzieren.		
Ratsherr Gärtner bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
<p><u>Beschluss:</u></p> <p>Eigene Immobilien und Liegenschaften werden zukünftig vermehrt genutzt, um die Anmietung externer Räume zu reduzieren.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p> <p>Zustimmung (mehrheitlich)</p> <p>Ja-Stimmen: 30 Nein-Stimmen: 9 Enthaltung: 14</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 7	BfB/dieBasis	Städtische Gesellschaft(en) für Entwicklung, Inhouse, Leasing
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 3 zu 0530/2023/DS)		
Für die Entwicklung von Gewerbeflächen und Objekten, für Inhouse-Geschäfte und gegebenenfalls auch Leasing-Geschäfte werden eine oder auch mehrere städtische Gesellschaften gegründet.		
Ratsherr Gärtner bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
Ratsherr Meyer erinnert an einen ähnlichen Antrag der FDP vom Dezember 2023.		
Beschluss: [Ablehnung] Für die Entwicklung von Gewerbeflächen und Objekten, für Inhouse-Geschäfte und gegebenenfalls auch Leasing-Geschäfte werden eine oder auch mehrere städtische Gesellschaften gegründet.		
Abstimmungsergebnis: Ablehnung (mehrheitlich) Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 38 Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 8	CDU, SPD	INTERREG fortführen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 6 zu 0530/2023/DS)		
Für den Haushalt 2027 ist ein Betrag von 80.000 Euro für den Haushalt vorzusehen.		
Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
Beschluss: Für den Haushalt 2027 ist zur Fortführung von INTERREG ein Betrag von 80.000 Euro für den Haushalt vorzusehen.		
Abstimmungsergebnis: Zustimmung (mehrheitlich) Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 9 Enthaltung: 1		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 9	CDU, SPD	Gewinnabführungsvereinbarung mit der Wohnungsbaugesellschaft aktualisieren
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 7 zu 0530/2023/DS)		
<p>Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig mit den Gremien der Wohnungsbau Neumünster GmbH zu prüfen, zu einer möglichst erhöhten, dennoch aber wirtschaftlich sinnvollen Gewinnabführungsvereinbarung zu kommen, die einen in der Regel sechsstelligen jährlichen Ausschüttungsbetrag oder eine ähnlichwertige Aufgabenübernahme vorsieht. Eine neue Vereinbarung wird für Q1/2026 erwartet.</p>		
<p>Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag ein und begründet ihn.</p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig mit den Gremien der Wohnungsbau Neumünster GmbH zu prüfen, zu einer möglichst erhöhten, dennoch aber wirtschaftlich sinnvollen Gewinnabführungsvereinbarung zu kommen, die einen in der Regel sechsstelligen jährlichen Ausschüttungsbetrag oder eine ähnlichwertige Aufgabenübernahme vorsieht. Eine neue Vereinbarung wird für Q1/2026 erwartet.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Zustimmung (einstimmig)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 53</p>		
<p>Nein-Stimmen: 0</p>		
<p>Enthaltung: 0</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 10	CDU, SPD	Raumkonzept soll Bürovorhaltung reduzieren
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 8 zu 0530/2023/DS)		
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2026 ein Raumkonzept für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Neumünster vorzulegen. Ziel ist es, die durch Abwesenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern z.B. durch mobiles Arbeiten, Urlaubsabwesenheit oder Krankheit nicht genutzten Arbeitsplätze flexibel nutzbar zu machen. Das betrifft Arbeitsplätze, bei denen kein Publikumsverkehr vorhanden ist, bzw. nicht zwingend ein eigenes Büro zur Verfügung stehen muss. Zugleich soll die Zahl der gemieteten Liegenschaften für das Verwaltungspersonal stets optimiert werden. Die Prüfung erfolgt weiter kontinuierlich. In die Prüfung eingeschlossen werden die Liegenschaften der städtischen Töchter zwecks möglicher Anmietung durch die Stadtverwaltung. Das Raumkonzept ist dem Bauausschuss und Finanzausschuss vorzulegen.</p>		
<p>Ratsherr Weber bringt den Antrag ein und begründet ihn.</p>		
<p>Frau Stadtbaurätin Kling berichtet auf Nachfrage von Ratsherrn Grimmelsmann von bereits bestehenden Überlegungen zum Desk-Sharing und Büroabbau.</p>		
<p><u>Beschluss:</u></p>		
<p>Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2026 ein Raumkonzept für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Neumünster vorzulegen. Ziel ist es, die durch Abwesenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern z.B. durch mobiles Arbeiten, Urlaubsabwesenheit oder Krankheit nicht genutzten Arbeitsplätze flexibel nutzbar zu machen. Das betrifft Arbeitsplätze, bei denen kein Publikumsverkehr vorhanden ist, bzw. nicht zwingend ein eigenes Büro zur Verfügung stehen muss. Zugleich soll die Zahl der gemieteten Liegenschaften für das Verwaltungspersonal stets optimiert werden. Die Prüfung erfolgt weiter kontinuierlich. In die Prüfung eingeschlossen werden die Liegenschaften der städtischen Töchter zwecks möglicher Anmietung durch die Stadtverwaltung. Das Raumkonzept ist dem Bauausschuss und Finanzausschuss vorzulegen.</p>		
<p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>		
<p>Zustimmung (mehrheitlich)</p>		
<p>Ja-Stimmen: 52</p>		
<p>Nein-Stimmen: 1</p>		
<p>Enthaltung: 0</p>		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 11	CDU, SPD	Haushalt 2027 mit Eckwerten von 2026 planen
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 8 zu 0530/2023/DS)		
Die nicht personalgebundenen Auszahlungen für die Dezernate III und IV werden mit einem Ansatz geplant, der unter dem von 2026 liegt.		
Ratsherr Grassau bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
Herr Oberbürgermeister Bergmann erläutert, dass neben den Personalkosten auch die Energie- und Nebenkosten steigen würden und daher nicht sicher zugesagt werden könne, dass die Umsetzung des Beschlusses gelingen werde.		
<u>Beschluss:</u>		
Die nicht personalgebundenen Auszahlungen für die Dezernate III und IV werden mit einem Ansatz geplant, der unter dem von 2026 liegt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 45		
Nein-Stimmen: 8		
Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 12	CDU, SPD	Review der Aktivitäten aus dem Handlungskonzept Armut
Antrag (siehe Anlage 4, Seite 8 zu 0530/2023/DS)		
Die Ziele (T 1-11 und P 1-17) des Handlungskonzepts Armut werden hinsichtlich der freiwillig übernommenen Auszahlungen bzw. Überzahlung pflichtiger Anteile, Vertragslaufzeiten, Trägerschaft und Stand der Umsetzung evaluiert. Eine Auswertung der mit dem Handlungskonzept Armut begründeten Leistungen wird den involvierten Ausschüssen und der Ratsversammlung vor Mai 2026 vorgelegt.		
Ratsherr Grassau bringt den Antrag ein und begründet ihn.		
<u>Beschluss:</u>		
Die Ziele (T 1-11 und P 1-17) des Handlungskonzepts Armut werden hinsichtlich der freiwillig übernommenen Auszahlungen bzw. Überzahlung pflichtiger Anteile, Vertragslaufzeiten, Trägerschaft und Stand der Umsetzung evaluiert. Eine Auswertung der mit dem Handlungskonzept Armut begründeten Leistungen wird den involvierten Ausschüssen und der Ratsversammlung vor Mai 2026 vorgelegt.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 51		
Nein-Stimmen: 2		
Enthaltung: 0		

Nr.	Fraktion	Bezeichnung
B 13	CDU	Schulschwimmen
Antrag (mündlich in der Sitzung gestellt)		
Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung des Schulschwimmens der vier kreisfreien Städte gegenüberzustellen und so im zweiten Quartal 2026 eine Entscheidung über das Budget des Schulschwimmens ab 2027 zu ermöglichen.		
Der Antrag wird im Rahmen und als Ergänzung von E3.2 beraten und beschlossen.		
Ratsherr Rüstemeier bringt den Antrag als Ergänzung zu E3.2 ein und begründet ihn.		
Ratsherr Delfs gibt zu bedenken, dass die dort ggf. anderen Voraussetzungen zu berücksichtigen seien.		
<u>Beschluss:</u>		
Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung des Schulschwimmens der vier kreisfreien Städte gegenüberzustellen und so im zweiten Quartal 2026 eine Entscheidung über das Budget des Schulschwimmens ab 2027 zu ermöglichen.		
<u>Abstimmungsergebnis:</u>		
Zustimmung (mehrheitlich)		
Ja-Stimmen: 44		
Nein-Stimmen: 9		
Enthaltung: 0		

Beschluss (geänderte Fassung):

1. Die Haushaltssatzung sowie der Haushaltsplan 2026 mit Anlagen werden in der vorgelegten Form, unter Berücksichtigung der unter 4. aufgelisteten Änderungen sowie der Beschlüsse der vorangegangenen Tagesordnungspunkte, beschlossen.
2. Dem Stellenplan 2026 mit den in den Anlagen A bis D dargestellten Stellenveränderungen zum Stellenplan 2025 wird unter Berücksichtigung der unter 4. aufgelisteten Änderungen zugestimmt.
3. Der Schaffung der zusätzlich beantragten refinanzierten Stellen gemäß Anlage D wird zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die damit zusätzlich bewilligten Stellen ergänzend in den Stellenplanentwurf einzupflegen. Der so vervollständigte Stellenplan ist unter Berücksichtigung der unter 4. aufgelisteten Änderungen dann Anlage zum Haushalt 2026.
4. Folgende Änderungen und Begleitanträge sind zu berücksichtigen:
 - a. Der Gewerbesteuerhebesatz wird bei 410 Punkten festgesetzt.
 - b. Dem Vorschlag der Verwaltung, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohngrundstücke von 529% auf 548% sowie für Nicht-Wohngrundstücke von 1.009% auf 1.045% anzuheben, wird zugestimmt.
 - c. Dem Vorschlag der Verwaltung, die Vergnügungssteuer von 20% auf 22% anzuheben, wird zugestimmt.
 - d. Dem Vorschlag der Verwaltung, die Hundesteuer für den ersten Hund von 120 € auf 130 € und für den zweiten Hund von 138 € auf 148 € sowie für jeden weiteren Hund von 165 € auf 175 € anzuheben, wird zugestimmt.

- e. Die Ausrichtung des Projekts „Neumünstrum“ soll wie üblich zweijährlich – also auch 2026 – ermöglicht werden. Der in Fachdienst 40 wegfallende Aufwand ist in Fachdienst 52 bereits eingeplant und soll explizit ausgewiesen werden.
- f. Der Betrieb einer Eisbahn wird auch 2026 mit 80.000 Euro bezuschusst.
- g. Dem Vorschlag der Verwaltung, das Budget 1.01 für die Einführung/den Betrieb des DMS/der E-Akte um 1.456.000 € zu kürzen, wird zugestimmt.
- h. Dem Vorschlag der Verwaltung, das Budget 4.65 für die Bauunterhaltung Hochbau um 400.000 € zu kürzen, wird zugestimmt.
- i. Dem Vorschlag der Verwaltung, das Budget 4.66 für die Straßenunterhaltung Tiefbau um 213.000 € zu kürzen, wird zugestimmt.
- j. Im Haushaltsentwurf wird der Haushaltsansatz auf der Position 25 auf der Seite A 66 3.41 Schulschwimmen von 705.100 Euro geändert auf 740.000 Euro.
Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung des Schulschwimmens der vier kreisfreien Städte gegenüberzustellen und so im zweiten Quartal 2026 eine Entscheidung über das Budget des Schulschwimmens ab 2027 zu ermöglichen.
- k. Den von der Verwaltung vorgeschlagenen sonstigen Haushaltsentlastungen Nrn. 2-4, 6, 8-12, 14-24, 26-73, 75-104 auf den Seiten A66 bis A68 werden zugestimmt.
- l. Die bislang geltenden Beträge für die in der Parkgebührenverordnung unter § 2 Abs. 1 Ziffer 1 genannten Parkplätze und Straßen sollen um 50% angehoben werden. Für die Bereiche Großflecken und Kuhberg soll der Betrag von 30 Cent pro angefangenen 6 Minuten auf 40 Cent angehoben werden. An Wochenmarkttagen wird bis 14 Uhr eine Stunde kostenfrei gestellt.
- m. Den Vorschlägen der Verwaltung in der Veränderungsliste [Anlage 1 zu 0530/2023/DS] - Teil A Position 14 (Personalaufwand Sachbearbeitung Stadtentwässerung) und 15 (Abwassergebühren) sowie Teil E Position 2 (Sachbearbeitung Wasserwirtschaft) wird zugestimmt.
- n. Sämtliche Maßnahmen, Ausschreibungen und Vergaben zum Umbau der ehemaligen Helene-Lange-Schule (HeLa) werden zunächst für das Jahr 2026 gestoppt und der Haushalt für 2026 im Finanzplan des Budgets 465, Maßnahme 142501 durch Entfall entsprechender Ansätze für 2026 (Auszahlung 2.000.000 €, VE 2.071.100 €) entlastet.
Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, dem Hauptausschuss im 1. Quartal 2026 Möglichkeiten für eine Anmietung der Seminarräume (und ggf. anderer Räume) im Kiek in! AÖR durch einen Ankermieter vorzustellen. Dabei sind zunächst die Konditionen einer Anmietung durch die Volkshochschule zu prüfen. Die Vermietung muss für das Kiek in! wirtschaftlich tragfähig sein.
Für den Fall, dass die städtischen Gremien sich für den Verbleib der Volkshochschule im Kiek in! entscheiden, wird die Verwaltung beauftragt, in einem nächsten Schritt alternative Nutzungen für städtische Abteilungen für die bereits zu Büroflächen ausgebauten Räumlichkeiten im HeLa-Gebäude aufzuzeigen, die zu Entmietungen an anderen Stellen führen können.
- o. Die Investition in den Kreisverkehrsplatz Wittorfer Spinne wird für zwei Jahre zurückgestellt. Die Auszahlung wird von 180.000 Euro auf 30.000 Euro reduziert und die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.020.000 Euro wird gestrichen.
- p. Für die Abarbeitung der Vorschläge aus dem Spielplatzentwicklungskonzept werden für 2026 100.000 Euro bereitgestellt. Eine Verstetigung in den Folgejahren wird erwartet.
- q. Eigene Immobilien und Liegenschaften werden zukünftig vermehrt genutzt, um die Anmietung externer Räume zu reduzieren.

- r. Für den Haushalt 2027 ist zur Fortführung von INTERREG ein Betrag von 80.000 Euro für den Haushalt vorzusehen.

- s. Die Verwaltung wird gebeten, kurzfristig mit den Gremien der Wohnungsbau Neumünster GmbH zu prüfen, zu einer möglichst erhöhten, dennoch aber wirtschaftlich sinnvollen Gewinnabführungsvereinbarung zu kommen, die einen in der Regel sechsstelligen jährlichen Ausschüttungsbetrag oder eine ähnlichwertige Aufgabenübernahme vorsieht.
Eine neue Vereinbarung wird für Q1/2026 erwartet.
- t. Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2026 ein Raumkonzept für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Neumünster vorzulegen. Ziel ist es, die durch Abwesenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern z.B. durch mobiles Arbeiten, Urlaubsabwesenheit oder Krankheit nicht genutzten Arbeitsplätze flexibel nutzbar zu machen. Das betrifft Arbeitsplätze, bei denen kein Publikumsverkehr vorhanden ist, bzw. nicht zwingend ein eigenes Büro zur Verfügung stehen muss. Zugleich soll die Zahl der gemieteten Liegenschaften für das Verwaltungspersonal stets optimiert werden. Die Prüfung erfolgt weiter kontinuierlich. In die Prüfung eingeschlossen werden die Liegenschaften der städtischen Töchter zwecks möglicher Anmietung durch die Stadtverwaltung.
Das Raumkonzept ist dem Bauausschuss und Finanzausschuss vorzulegen.
- u. Die nicht personalgebundenen Auszahlungen für die Dezernate III und IV werden mit einem Ansatz geplant, der unter dem von 2026 liegt.
- v. Die Ziele (T 1-11 und P 1-17) des Handlungskonzepts Armut werden hinsichtlich der freiwillig übernommenen Auszahlungen bzw. Überzahlungspflichtiger Anteile, Vertragslaufzeiten, Trägerschaft und Stand der Umsetzung evaluiert. Eine Auswertung der mit dem Handlungskonzept Armut begründeten Leistungen wird den involvierten Ausschüssen und der Ratsversammlung vor Mai 2026 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis (geänderte Fassung):

Zustimmung (mehrheitlich)

Ja-Stimmen: 39
Nein-Stimmen: 11
Enthaltung: 3

30 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

31 .	Volkshochschule: Überprüfung und Empfehlung zur Beschlusslage zum Umzug in die ehemalige Helene-Lange-Schule Vorlage: 0227/2023/MV
------	---

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

32 .	Städtische Beteiligten: Quartalsbericht II. Quartal 2025 städtischer Gesellschaften und Kommunalunternehmen Vorlage: 0221/2023/MV
------	---

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

33 .	Jahresabschluss 2024 Vorlage: 0218/2023/MV
------	--

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

34 .	Quartalsbericht Finanzen II / 2025 Vorlage: 0219/2023/MV
------	--

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

35 .	Schulentwicklungsplanung; hier: Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten für die Weiterentwicklung der Mühlenhofschule zur Offenen Ganztagschule Vorlage: 0230/2023/MV
------	---

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Ratsfrau Krebs weist auf den langen Prozess hin. Nun sei eine gute Lösung für die Mühlenhofschule gefunden.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

36 .	Sachstandsbericht zur Umgestaltung der Schulbegleitung (SGB VIII und SGB IX) Vorlage: 0225/2023/MV
------	--

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

37 .	Nichtanwendbarkeit von Durchführungsplänen Vorlage: 0195/2023/MV
------	--

Die Beratung der TOPs 30 bis 37 erfolgte vor TOP 29.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

gez. Anna-Katharina Schättiger
(Stadtpräsidentin)

gez. Dana Blank
(Protokollführung)